

Antworten der Fraktion der Linkspartei.PDS auf die Wahlprüfsteine der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt

1. Welchen Standpunkt beziehen Sie zum jetzt auf der Bundesebene geplanten Gesetz zur Dämpfung der Arzneimittelausgaben (AVWG)?

Die Linkspartei.PDS sieht bezüglich der Zielstellung des Gesetzes dringenden Handlungsbedarf. Das Gesetz wird den Ärzten u. E. mehr Sorgfalt und Aufwand bei der Auswahl von zu verordnenden Arzneimitteln abverlangen, wenn sie nicht nur medizinisch auf höchstem Niveau sondern auch wirtschaftlich optimal verordnen wollen. Allerdings befürchten wir bei der Umsetzung z. B. der Festbetragsregelungen, dass die Einbußen, die bei den Pharma-Unternehmen zu erwarten sind, auf die Patienten abgewälzt werden. Auch die Bonus-Malus-Regelung birgt die Gefahr, dass aus finanziellen Erwägungen bestimmte Verordnungen verweigert werden. Damit wird das Arzt-Patientenverhältnis erheblich belastet.

Da die Tendenz, Patienten stärker zu belasten, mit diesem Gesetz offensichtlich weiter gefördert wird, lehnen wir das Gesetz ab.

2. Wie beurteilen Sie den Stand der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für die ambulante vertragsärztliche Versorgung in Sachsen-Anhalt? Sind sie eher ausreichend oder ungenügend?

Die Linkspartei.PDS geht davon aus, dass im System der GKV Versichertengelder verbraucht werden, deren Umfang begrenzt ist bzw. begrenzt werden muss. Reserven im System können nicht ignoriert werden und finanzielle Engpässe können nicht nur PatientInnen belasten. Die Umverteilung finanzieller Ressourcen zugunsten der ambulanten Versorgung bedürfen der Erschließung anderer Wirtschaftlichkeitsreserven (z.B. bei der Verschreibung von kostengünstigeren therapeutisch wirksameren Medikamenten) und der Erweiterung der finanziellen Grundlagen des Systems (Bürgerversicherung). Vor diesem Hintergrund halten wir eine Verbesserung der finanziellen Situation im Bereich der ambulanten Versorgung für denkbar.

3. Wie kann Ihrer Meinung nach dem drohenden oder partiell bestehenden Ärztemangel in Sachsen-Anhalt begegnet werden?

Wir sehen erhebliche regionale Unterschiede in der Versorgung, wobei Probleme vor allem im ländlichen Raum bestehen. Nach unserer Auffassung sind vor allem integrierte und vernetzte Strukturen im Gesundheitswesen zu unterstützen. Dazu gehören z. B. Medizinische Versorgungszentren, Modelle integrierter Versorgung oder eine verstärkte Kooperation mit Krankenhäusern. Finanzielle und materielle Unterstützung von Praxen im ländlichen Raum oder die Möglichkeit, jungen Ärzten als Angestellten den Start zu erleichtern, sind für die Ansiedlung junger Hausärzte ebenso wichtig wie kulturelle und soziale Infrastruktur, Verkehrssituation und Schullandschaft. Vor allem in diesen Bereichen liegt die Verantwortung von Landes- und KommunalpolitikerInnen.

4. Für welche Finanzierungsmodelle der Gesetzlichen Krankenversicherung würden Sie eher votieren, Kopfpauschale oder Bürgerversicherung?

Wir präferieren eine solidarische Bürgerversicherung, die unter Einbeziehung von Beamten, Selbständigen und Politikern zu einer Pflichtversicherung für alle wird. Wir lehnen Reformen zu Lasten der Versicherten, Kranken und sozial Benachteiligten ab. Mit der Verbreiterung des Versichertenkreises, der Einbeziehung aller Einkommensarten sowie der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze kann eine nachhaltige Stabilisierung der Gesundheitsfinanzen erreicht werden. Außerdem wäre damit eine Senkung der Beitragssätze der GKV denkbar. Wir treten für die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesens ein. Parallel zur Einführung der Bürgerversicherung sind im Interesse sinkender Gesundheitskosten und wachsender Qualität medizinischer Betreuung vor allem notwendige Strukturveränderungen im Gesundheitswesen einzuleiten.

5. Wie würden Sie den von Ihnen erkannten politischen Handlungsbedarf (insbesondere zu 1. und 2.) umsetzen?

Die Linkspartei.PDS sieht die Notwendigkeit, im Gesundheitssystem und insbesondere auf dem Gebiet der Arzneimittelverordnung wirtschaftlicher zu arbeiten. Ein wichtiges Instrument ist die Einführung einer Positivliste bei Arzneimitteln. Die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel ist eine weitere dringende Maßnahme zur Kostenentlastung, denn es ist nicht einzusehen, dass mit Versichertengeldern der Staatshaushalt gestützt wird.

Bezüglich der finanziellen Situation im ambulanten Sektor halten wir Maßnahmen zur Entwicklung der integrierten Versorgung sowie poliklinischer Strukturen und die flächendeckende Umsetzung des Hausarztprinzips für gangbare Wege zu mehr Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen. Wichtig ist ebenso die Überwindung der strikten Trennung zwischen ambulantem und stationärem Sektor. Auch das in Mecklenburg-Vorpommern derzeit erprobte Modell der cm-nurse (eine Form der Gemeindegewesster), die u.a. delegationsfähige Aufgaben des Hausarztes bei Besuchen vor Ort übernimmt, erscheint uns dabei bedenkenswert.